

Gesamt-Protokoll

Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 20.09.2022
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:15 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Kay Burmester CDU

Mitglieder

Jens Bergstein CDU Vertretung für: Johanna Bergstein

Detlev Blohm CDU Vertretung für: Wolfgang Dutsch

Jörg Keller CDU

Rüdiger Fölske SPD Vertretung für: Manfred Eichhorn

Christian Freitag SPD

Sophia Jacobs-Emeis SPD

Hellmut Metz Bündnis 90 / Die Grünen Vertretung für: Rainer Hagendorf

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen bis 21:10 Uhr

Klaus Koschnitzke FDP

Martin Schumacher FDP

Angela Drewes WSI

Bastian Sue DIE LINKE

Olaf Wuttke Fraktionslos

Umweltbeirat

Bianka Sievers Umweltbeirat

Jugendbeirat

Jan Brüggemann Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Gabriele Winter Seniorenbeirat bis 19:50 Uhr

Verwaltung

Gernot Kaser Bürgermeister

Gisela Sinz Fachbereichsleitung 2

Karl-Heinz Grass Fachdienstleitung 2-61

Katrin Matthies Protokollführung

Torben Klaucke Fachdienst 2-61 zu TOP 5

Christiane Maylahn Fachdienst 2-61 zu TOP 8

Elisabeth Hoppe Fachdienst 2-61 zu TOP 9

Abwesend

Mitglieder

Johanna Bergstein CDU entschuldigt

Wolfgang Dutsch CDU entschuldigt

Manfred Eichhorn SPD entschuldigt

Rainer Hagendorf Bündnis 90 / Die Grünen entschuldigt

Gäste:

zu TOP 4:
Herr Bachmeier Büro Lärmkontor

zu TOP 9.1
Herr Sandt Ramboll GmbH

13 Einwohner*innen
1 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Im Anschluss vereidigt er die bürgerlichen Mitglieder Metz, Blohm und Bergstein.

Herr Sue bittet darum, alle angemeldeten Einwohnerfragen zuzulassen und gegebenenfalls nach Ablauf von 30 Minuten unter dem TOP Sonstiges abzuhandeln. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass für die heutige Sitzung nur eine angemeldete Frage vorliegt und daher der vorgegebene Zeitrahmen nicht überzogen werden wird.

Herr Schumacher bittet um eine verbundene Debatte der Tagesordnungspunkte 7.1 bis 7.5. Herr Burmester schlägt vor, den nichtöffentlichen Teil des Protokolls unter TOP 3 zu genehmigen. Dann könnte der nichtöffentliche Teil der Sitzung, sofern keine anderen Wortbeiträge gewünscht werden, entfallen. Diesem Vorschlag wird zugestimmt. Es liegen keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig die geänderte Tagesordnung mit Streichung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 1.1 | Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen | |
| 1.2 | Aktuelle Fragen der Einwohner*innen | |
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 23.08.2022 | |
| 4 | Vorstellung der strategischen Lärmkartierung gemäß der EG-Umgebungslärmrichtlinie (4. Runde) | |
| 5 | Bebauungsplan Nr. 76 Rad-/Fußwegeverbindung Geestrand Teilbereich II zwischen Schulauer Straße und Gorch-Fock-Platz; hier: Aufstellungsbeschluss sowie Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden | BV/2022/077 |
| 6 | Routenführung Fuß- und Radweg vom Ansgariusweg über den Lüttdahl zum geplanten Geestrandweg | BV/2022/076 |

- 7 Anfragen der Fraktionen
- 7.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 01.07.2022 MV/2022/062
hier: Beantwortung der Fragen zum Thema "Umbau des Aue-Sperrwerks"
- 7.2 Anfrage der FDP-Fraktion vom 01.07.2022 MV/2022/063
hier: Beantwortung der Fragen zum Thema "Projekt Sauerbek"
- 7.3 Anfrage der FDP-Fraktion vom 01.07.2022 MV/2022/064
hier: Beantwortung der Fragen zum Thema "Aufforstungen"
- 7.4 Anfrage der FDP-Fraktion vom 01.07.2022 MV/2022/065
hier: Beantwortung der Fragen zum Thema "B-Plan 67 (neu)"
- 7.5 Anfrage der FDP-Fraktion vom 01.07.2022 MV/2022/066
hier: Beantwortung der Fragen zum Thema "Moor"
- 8 Strategie zum Schutz und zur Förderung der biologischen Vielfalt; hier: Sachstand MV/2022/067
- 9 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"
- 9.1 Sanierungsgebiet "Stadthafen Wedel" BV/2022/078
hier: Sanierungsmaßnahme Kaimauer, Teilbereich 5+6
- 9.2 Rückmeldungen aus den Fraktionen zur Machbarkeitsstudie Stadthafen Wedel
- 9.3 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung
- 10 Wohnungsbaugebiet Wedel Nord
- 10.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung zum Bauprojekt
- 10.2 Beschlüsse im Zusammenhang mit dem Rahmenplanbeschluss MV/2022/073
Wedel Nord
- 10.3 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung zur Umsetzung der Begleitbeschlüsse zum Rahmenplan
- 11 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 11.1 Bericht der Verwaltung
- 11.2 Anfragen der Politik
- 11.3 Sonstiges



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Herr Grass übermittelt die Zahlen der Verkehrszählung zur Überquerung der Mühlenstraße in Höhe Caudry-Platz. Gezählt wurde jeweils dienstags für eine Stunde, zwischen 16 und 17 Uhr.

10.05.2022 62 Querungen

05.07.2022 65 Querungen

12.07.2022 75 Querungen

Die Zahlen wurden dem Landesbetrieb Verkehr übermittelt.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Herr Michalke hat Fragen zur Fertigstellung der Baumaßnahmen am Schulauer Hafen. Die Westmole sei sehr schön geworden und die Ostmole werde es sicherlich auch. Nachbarn und Mitbewohner der Schulauer Straße hätten nun jedoch Sorgen hinsichtlich der vorgesehenen Baumbepflanzungen und dass es Sichteinschränkungen geben werde. Dazu stellt er folgende Fragen:

Wird die Wohnbebauung berücksichtigt bei der Planung? Wie viele Bäume werden in welchem Abschnitt gepflanzt? Welche Baumarten und wie ist deren Höhe in 10-15 Jahren?

Da die FDP-Fraktion auch Fragen zu diesem Thema vorbereitet hat, werden die Fragen unter TOP 11.2 beantwortet, der vorgezogen direkt im Anschluss an die Einwohnerfragestunde beraten wird.

2 Anhörung der Beiräte

Die Beiräte haben nichts zu berichten.

3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 23.08.2022

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 23.08.2022 (öffentlicher und nichtöffentlicher Teil) wird ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	11	0	2
CDU-Fraktion	3	0	1
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	1	0	1
FDP-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion Die Linke	1	0	0

4 **Vorstellung der strategischen Lärmkartierung gemäß der EG-Umgebungs-lärmrichtlinie (4. Runde)**

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Bachmeier zu diesem Tagesordnungspunkt. Dieser stellt an Hand einer Präsentation die strategische Lärmkartierung vor. Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Bürgerinformationssystem verfügbar.

Die Verpflichtung zur Lärmkartierung und deren regelmäßige Aktualisierung ergibt sich aus einer EU-Richtlinie. Die Ergebnisse der Lärmkartierung fließen im Anschluss in den Lärmaktionsplan ein. Leider wurden die Berechnungsvorgaben zur Europaweiten Vereinheitlichung für die Kartierung grundlegend verändert, so dass die neuen Werte nicht mit den Werten der Vorjahre vergleichbar sind.

Da die Werte jedoch lediglich als Mittel zum Zweck zur Erstellung des Lärmaktionsplanes dienen, sind diese Verwerfungen unerheblich. Der Lärmaktionsplan wird voraussichtlich zu vergleichbaren Ergebnissen kommen.

5 **Bebauungsplan Nr. 76 Rad-/Fußwegeverbindung Geestrand Teilbereich II zwischen Schulauer Straße und Gorch-Fock-Platz; hier: Aufstellungsbeschluss sowie Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden**

BV/2022/077

Herr Klaucke stellt sich als neuer Stadtplaner im Fachdienst Stadt- und Landschaftsplanung vor und erläutert an Hand einer Präsentation den vorliegenden Aufstellungsbeschluss. Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Bürgerinformationssystem verfügbar.

Der Seniorenbeirat bittet zu berücksichtigen, dass die geplante Brücke mit einer Breite von 4 Metern nicht ausreichend sei, um ausreichend Fläche für Fußgänger (auch mit Rollator oder Rollstuhl) und Radfahrer zu bieten. Im Bebauungsplan sei mehr Fläche ausgewiesen, der Weg sollte daher analog zum restlichen Bereich wenigstens 5 Meter Breite haben.

Herr Klaucke erläutert, dass die im Bebauungsplan ausgewiesenen 6,50 Meter auch das Brückenbauwerk mit Widerlagern enthalten. Der Weg selbst wird schmaler ausfallen müssen, was mit dem schützenswerten vorhandenen Baumbestand zusammenhängt.

Der Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag.

Beschlussempfehlung für den Rat:

Der Rat beschließt den Bebauungsplan Nr. 76 „Rad-/Fußwegeverbindung Geestrand Teilbereich 2 zwischen Schulauer Straße und Gorch-Fock-Platz“ aufzustellen, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 76 Teilbereich umfasst die Flurstücke 39/4 (teilweise), 39/5 (teilweise), 41/12, 41/13 (teilweise), 41/18 (teilweise), 41/8, 41/9 (teilweise), 41/11, 47/3 (teilweise), 49/9 (teilweise) und 66/9 (teilweise), Flur 10, Gemarkung Wedel sowie 9/189 (teilweise), Flur 2, Gemarkung Schulau.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	13	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	2	0	0
FDP-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion Die Linke	1	0	0

6 Routenführung Fuß- und Radweg vom Ansgariusweg über den Lüttdahl zum geplanten Geestrandweg

BV/2022/076

Es wird keine Aussprache gewünscht.
Der Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Planungsausschuss der Stadt Wedel beschließt die Fußgänger- und Fahrradroute vom Ansgariusweg über den Lüttdahl zum geplanten Weg am Geestrand.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	13	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	2	0	0
FDP-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion Die Linke	1	0	0

7 Anfragen der Fraktionen

Die FDP-Fraktion hat eine verbundene Debatte zu den Punkten 7.1 - 7.5 beantragt, da alle Anfragen damit zu tun hätten, wie die Stadt angesichts der Klimakrise und des Arten- und Biotopschwundes mit den eigenen Flächen umgeht. Der Verwaltung wird für die ausführliche Beantwortung der Anfragen gedankt, die nun rechtzeitig zur Klimakonferenz der nächsten Woche vorliegen. Begrüßenswert sei der nun gestiegene Wissenstand über die Gebiete Sauerbek und Ihlsee und deren Bedeutung für die Entwicklung von Ausgleichsflächen. Hinsichtlich des Waldes bestehen noch Unklarheiten hinsichtlich der hellgrünen Flächen für Neuwaldbildung und der Aussage, dass derzeit keine städtischen Flächen für Neuwaldbildung verfügbar seien. Bezüglich des B-Planes 67 wäre aus Sicht der FDP-Fraktion ein früheres Gespräch über die Begrenzung des Projekts auf den bestehenden und künftigen Siedlungsraum wünschenswert gewesen.

Frau Sinz weist im Anschluss auf die Fülle der eingegangenen Anfragen hin. 60 Fragen zu umfangreichen Themen mit einem Zeitlimit versehen an die Verwaltung zu richten, sollte angesichts der zusätzlichen Arbeitsbelastung der Verwaltung ein Ausnahmefall bleiben.

-
- 7.1** **Anfrage der FDP-Fraktion vom 01.07.2022**
 hier: Beantwortung der Fragen zum Thema "Umbau des Aue-Sperrwerks" **MV/2022/062**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.
-
- 7.2** **Anfrage der FDP-Fraktion vom 01.07.2022**
 hier: Beantwortung der Fragen zum Thema "Projekt Sauerbek" **MV/2022/063**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.
-
- 7.3** **Anfrage der FDP-Fraktion vom 01.07.2022**
 hier: Beantwortung der Fragen zum Thema "Aufforstungen" **MV/2022/064**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.
-
- 7.4** **Anfrage der FDP-Fraktion vom 01.07.2022**
 hier: Beantwortung der Fragen zum Thema "B-Plan 67 (neu)" **MV/2022/065**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.
-
- 7.5** **Anfrage der FDP-Fraktion vom 01.07.2022**
 hier: Beantwortung der Fragen zum Thema "Moor" **MV/2022/066**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.
-
- 8** **Strategie zum Schutz und zur Förderung der biologischen Vielfalt; hier: Sachstand** **MV/2022/067**

Frau Maylahn erläutert an Hand einer Präsentation die Strategie zum Schutz und zur Förderung der biologischen Vielfalt. Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Bürgerinformationssystem verfügbar.
Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.
-
- 9** **Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"**
-
- 9.1** **Sanierungsgebiet "Stadthafen Wedel"** **BV/2022/078**
 hier: Sanierungsmaßnahme Kaimauer, Teilbereich 5+6

Die Planung und die verschiedenen Varianten wurden am 05.09.2022 im Ratssaal vorgestellt. Herr Sandt vom beauftragten Planungsbüro ist als Gast für Rückfragen anwesend. Die Beschlussvorlage der Verwaltung beinhaltet alternativ die Varianten 1a (Balkonvorsetze) oder 4 (Steinschüttung).
Die FDP-Fraktion wird für die Umsetzung der Variante 1a (Balkonvorsetze) stimmen. Hierbei müssten keine fertigen Promenadenflächen abgetragen werden, die volle Funktionalität des Hafens und seiner Grundlinien bleiben erhalten und es gebe einen Mehrwert für die Besucher*innen. Bezüglich der zeitlichen Verschiebung der Baumaßnahmen und der
-

Endabrechnung der Förderung sollten die Fraktionen mit ihren Vertreter*innen auf Landes- und Bundesebene Kontakt aufnehmen.

Die SPD-Fraktion hat sich nach langen Beratungen für die Variante 4 (Steinschüttung) entschieden. Dabei hätten mehrere Aspekte eine Rolle gespielt: Die Probleme mit der Förderung bei Zeitverzug der Abrechnung, die Kosten für die Maßnahme, die schnellstmögliche Sicherung und das geringere Risiko eines Versagens der Spundwand im Zuge der Baumaßnahme. Angesichts der Haushaltskonsolidierung könne des Bürger*innen auch nicht vermittelt werden, warum nicht die günstigste Variante gewählt werden könne.

Die Fraktion Die Linke kann sich die Variante 4 grundsätzlich vorstellen, wird jedoch der vorliegenden Beschlussvorlage nicht zustimmen, da der Bereich 7 der Spundwand noch nicht hinreichend untersucht wurde.

Die WSI-Fraktion verweist darauf, dass in den vorliegenden Untersuchungen des beauftragten Büros immer die Variante 4 als Vorzugsvariante ausgewiesen wird, unabhängig von der Gewichtung der einzelnen Kriterien. Dies sei die risikoärmste und kostengünstigste Variante, die am schnellsten umsetzbar und am langlebigsten sei. Zudem sei die Steinschüttung auch an der Westmole vorhanden.

Für die CDU-Fraktion spricht grundsätzlich viel für die Variante 1a, gerade hinsichtlich der Optik und Funktionalität. Jedoch sei das Risiko hinsichtlich der Zeitverzögerung und der vorliegenden Deadline für die Schlussrechnung zu groß. Daher wird die Fraktion sich für die Variante 4 aussprechen. Vielleicht sei es zudem möglich, aus der Differenz der beiden Varianten von 800.000 Euro einen Schlengel zu finanzieren.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hat sich bei der Entscheidung hinsichtlich der Kosten schwergetan, sich jedoch aus ästhetischen Gründen für die Variante 1a entschieden. Die Variante 4 schädige die Gestaltung des Hafenbeckens.

Die FDP-Fraktion weist zudem darauf hin, dass die Steinschüttung an der Westmole bereits eine Notlösung gewesen sei, um die Kosten für eine neue Spundwand zu sparen. Sollte sich eine Mehrheit für die Variante 4 aussprechen werden die Planer gebeten, diese funktional für Schiffe zu planen.

Die Fraktion die Linke bittet um Information, wie viele größere Schiffe an der Kaimauer anlegen.

Herr Grass erwidert, dass bisher an der Ostmole hauptsächlich kleinere Schiffe anlegen und dies nur vereinzelt für einen kurzen Zeitraum. Die Steinschüttung könne durch einen Steg und Dalben auch in dem angeschütteten Bereich anlegbar gemacht werden.

Die WSI-Fraktion möchte diese Diskussion verschieben und sich erstmal vorrangig auf die Sicherung der Spundwand konzentrieren.

Der Vorsitzende stellt als erstes die Variante 4 aus dem Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt, die Kaimauersanierung im Teilbereich 5 + 6 der Spundwand durch den Einbau einer Steinschüttung (Variante 4) durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	8	5	0
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	2	0
FDP-Fraktion	0	2	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion Die Linke	0	1	0

9.2 Rückmeldungen aus den Fraktionen zur Machbarkeitsstudie Stadthafen Wedel

Die FDP-Fraktion sieht ihre ablehnende Haltung gegen die Erstellung einer Machbarkeitsstudie bestätigt. Zur Behebung der unstrittig vorhandenen Wissenslücken gebe das Gutachten keine umfassenden Antworten. Nun sollte möglichst zeitnah eine politische Mehrheit für einen ersten Schritt, einen kommunalen Schlengel in geringer Länge, gefunden werden, damit die Kosten in den Haushaltsberatungen Berücksichtigung finden können. Einen entsprechenden Antrag wird die FDP-Fraktion vorbereiten, der gerne interfraktionell erweitert werden könnte.

Die Fraktion Die Linke kritisiert, dass vor Beginn des Hafenumbaus hätte bekannt sein müssen, dass dieser nicht kostendeckend betrieben werden kann.

Auf Nachfrage von Herrn Wuttke berichtet Herr Kaser, dass er vor einiger Zeit ein Gespräch mit Herrn Siemers geführt habe, in dem weiterhin Interesse angeklungen wäre. Allerdings gab es hierzu bisher keine vertiefenden Gespräche, auch auf Grund der damals noch laufenden Erstellung der Machbarkeitsstudie.

Die SPD-Fraktion sieht in der Studie einen erneuten, jedoch nicht weiterhelfenden Denkansatz. Das Hafenbecken sollte bei den weiteren Überlegungen nicht den Fokus bilden, sondern vielmehr eingebunden werden in die Maritime Meile vom Hundestrand bis zum Hamburger Yachthafen. Bereits jetzt kämen jährlich mehrere 100.000 Menschen, die diesen Bereich besuchen. Ins Hafenbecken würden daher keine Schiffe gehören, da ohnehin keine Konkurrenz zum Hamburger Yachthafen oder zum Museumshafen Övelgönne geschaffen werden könne, sondern vielmehr Attraktionen für die Besucher*innen.

Frau Sinz weist auf den integrativen Ansatz der Studie mit der Einbindung des gesamten Bereiches hin. Auch wenn in der Präsentation im Planungsausschuss der Fokus sehr auf dem Hafenbecken lag, sind in dem ausführlichen Bericht, der allen Mitgliedern zugesendet wurde, viele weitere Themen wie Besucherlenkung und Radverkehr enthalten.

Da die wasserseitige Nutzung des Hafenbeckens präsentiert wurde, betrachtet die WSI-Fraktion dies auch vorrangig. Ohne ein Gesamtkonzept sollte nicht vorschnell ein Schlengel beschlossen werden, sondern kreativ über Schiffe hinausgedacht werden.

Frau Sinz schlägt vor, dass die Beratung vertagt wird und bittet die Mitglieder des Planungsausschusses um die Einsendung von Anregungen und Fragen nach der Lektüre des Berichtes, um dann in einer erneuten Beratung alle Aspekte zu erfassen.

Die CDU-Fraktion wäre mit diesem Vorgehen einverstanden, da sie sich erst im Oktober in der Fraktion mit der Machbarkeitsstudie befassen wird.

Die FDP-Fraktion kritisiert, dass lediglich die zwei Kernpunkte „Nutzung des Hafenbeckens“ und „Umbenennung in Stadthafen Wedel“ und nicht alle wichtigen Punkte des Berichts in der Präsentation Berücksichtigung gefunden haben.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zeigt sich erstaunt über den Verlauf der Diskussion. Aus ihrer Sicht sei ein Hafen ohne -wenn auch kleiner- Schlengelanlage für Schiffe schwer vorstellbar. Selbstverständlich wäre dies eine andere Dimension als der Hamburger Yachthafen, aber sicherlich attraktiv.

Herr Grass stimmt der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zu. In den letzten 10 Jahren während des Umbaus habe es verschiedenste Interessenten, jedoch keine Möglichkeit gegeben, den Hafen ansprechend zu präsentieren. Nun sollte der Start mit einer kleinen Schlengelanlage gewagt werden, damit wenigstens die Möglichkeit geschaffen werde, dort anzulegen. Die Studie liefert eine gute Beschreibung, wie wertvoll der Hafen und die Maritime Meile für Wedel bereits sind und noch werden können.

Herr Kaser verweist darauf, dass unabhängig vom weiteren Verlauf des Projektes angesichts der Haushaltssituation immer die finanzielle Machbarkeit im Vordergrund stehen müsse und noch ein Businessplan und ein Betreiberkonzept fehlen. Der gesamte Bereich der maritimen Meile sei sehr schön, lediglich bezüglich des Hafenbeckens müsse weiter nachgedacht werden, was mit der Fläche geschehen könne, damit sie allen gefalle. Der Bürger erwarte, dass die Politik hierzu Entscheidungen treffe, weitere Verzögerungen seien nicht zumutbar.

Frau Sinz erneuert Ihre Bitte, Fragen und Anregungen zu dem Bericht direkt an die Verwaltung zu schicken, damit in der nächsten Sitzung erneut beraten werden kann.

9.3 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

10 Wohnungsbaugebiet Wedel Nord

10.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung zum Bauprojekt

Herr Grass weist darauf hin, dass der vom Planungsausschuss gewünschte Termin für eine Sitzung der AG Wedel Nord am 02.11.2022 um 18 Uhr stattfinden wird.

10.2 Beschlüsse im Zusammenhang mit dem Rahmenplanbeschluss Wedel Nord

MV/2022/073

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

10.3 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung zur Umsetzung der Begleitbeschlüsse zum Rahmenplan

Die FDP-Fraktion bitte um Informationen zur geplanten S-Bahn-Unterführung, die in der letzten Sitzung angesprochen wurde. Herr Grass erinnert an den Wunsch des Planungsausschusses, dass die Fraktionen in der AG Wedel Nord auf den aktuellen Stand gebracht werden. Anschließend wird im Planungsausschuss und gegebenenfalls im Rat beraten.

11 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

11.1 Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

11.2 Anfragen der Politik

Dieser TOP wird vorgezogen nach TOP 1.2 beraten.

Bezüglich der Begrünung der Ostpromenade stellt die FDP-Fraktion folgende Fragen:

1. Wer hat den Bepflanzungsplan vom September 22 aufgrund welcher Vorgaben erarbeitet?
2. Nach welchen Kriterien wurden Baumarten ausgesucht?
3. Haben bei der Auswahl Klimaaspekte eine Rolle gespielt?
4. Haben bei der Auswahl Stabilitätskriterien eine Rolle gespielt, wie die Hebelwirkung hoher Bäume bei Sturm oder die Verankerung der Wurzeln im Untergrund?
5. Welche der Flächen sind entsiegelt worden? Sind die Standorte der neuen Bäume Teil dieser entsiegelten Flächen?
6. Welchen Sinn hat es, an sensiblen Stellen des Sanierungsgebietes, die sich durch verbesserte Blick- und Wegeverbindungen zwischen Stadt und Elbe/Hafen auszeichnen sollen, Bäume bis zu einer Wuchshöhe von 20 m. vorzusehen?
7. Welchen Sinn hatte es, an der Hafenstraße Lücken in der Flutschutzmauer vorzusehen,



- um Blickbeziehungen zu verbessern, wenn anschließend Blicke nicht auf die Elbe, sondern auf Baumpflanzungen fallen?
8. Warum haben Politik und Verwaltung wochenlange Auseinandersetzungen über den Glasrand der Flutschutzmauer geführt, der den freien Blick auf Hafen und Elbe erleichtern soll, wenn dieser Blick anschließend durch hochwachsende Bäume verstellt wird?
 9. Warum wird in der Information über die Baumstandorte nur auf die Einschränkung der Blickbeziehungen eines der neuen Gebäude an der Ecke Strandweg/Hafenstraße eingegangen und nicht auf die Einschränkungen, die auf ca. 200 Mieter bzw. Eigentümer am Hafen selbst sowie am Strandweg und an der Schulauer Straße bis zum Elbpark zukommen?
 10. Wie will die Stadt Anwohnern vermitteln, dass sie für die Aufwertung ihrer Immobilie Sanierungsbeiträge zahlen müssen, wenn die Bepflanzung der Ostmole von den Menschen eher als Wertminderung empfunden wird?
 11. Sind noch Änderungen an der Planung möglich?

Frau Sinz erläutert die gute und ausgewogene Freiraumplanung, bei der die Planer 26 Bäume in drei Gruppen vorsehen, keinen Wald. Abgesehen davon, dass der sandige Untergrund für die Bäume keine optimalen Bedingungen darstellt und daher die maximale Wuchshöhe nicht erreicht werden kann, sind regelmäßige Kronenschnitte vorgesehen. Ohne die Bäume würde es keinen Schatten geben. Die Planung wurde im Planungsausschuss vorgestellt, mittlerweile sind die entsprechenden Bäume bestellt und sollen in Kürze geliefert und eingepflanzt werden, daher könne keine Änderung der Planung erfolgen. Den Anwohnenden wird zugesichert, dass durch regelmäßige Pflege eine Begrenzung der Kronen erfolgen wird. Die Art der Bäume wurde von der Landschaftsplanung als geeignet für diesen Standort beurteilt, die Stadtverwaltung findet den Entwurf auch im Hinblick auf die Färbung der Blätter und die Angemessenheit der Anzahl als sehr gelungen. Alle Wohnungen und auch die Glaselemente der Flutschutzwand werden Elbblick behalten.

Die FDP-Fraktion moniert, dass die Planung erst seit September im Planungsausschuss bekannt sei, vorher hätten lediglich Skizzen vorgelegen. Bei der Auswahl der Bäume müsste viel mehr auf die Resistenz hinsichtlich des Klimawandels geachtet werden. Der Einsatz der Glaselemente auf der Flutschutzwand sei sinnlos, wenn die Sicht nun teilweise wieder eingeschränkt würde. Die Anwohnenden hätten eine Simulation erarbeitet, die verdeutlicht, bis zu welche Stockwerk die Bäume den Elbblick der aus den Wohnungen behindern. Zugleich müssten sie viel Geld für die Aufwertung der Grundstücke im Sanierungsgebiet bezahlen. Die Aussage der Verwaltung, dass die Planung nicht mehr geändert werden könne, sei so nicht hinzunehmen. Wenn der Planungsausschuss eine Änderung beschließen würde, müsse diese umgesetzt werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sorgt sich mehr um die Standsicherheit der Bäume im aufgeschütteten Sand und fragt nach der Einplanung von Erdankern.

Herr Grass erläutert, dass die Fachleute Sicherheitsmaßnahmen vorgesehen haben. In den Boden wird ein Flies eingearbeitet und die Bäume einzeln verankert. Bei der Art der Bäume wurde die besondere Situation an der Ostmole berücksichtigt, daher wurden keine Kastanien oder Buchen gewählt. Die Bäume werden wachsen können, jedoch bedingt durch den Boden nicht in maximalen Ausmaßen. Die Anwohnenden werden an den Bäumen vorbei auf die Elbe schauen können. Es wurden aus Gründen der Klimaresistenz kleinblättrige Bäume gewählt, daher wird keine grüne Wand entstehen. Die Bepflanzungen an der Ostmole und insbesondere die Bäume mit ihrer schattenspendenden Wirkung und Färbung werden eine Bereicherung für den Hafen und für alle Wedelerinnen und Wedeler.

Die Fraktion Die Linke stimmt der Aussage zu. Der Hafen sei für alle Bürger*innen und nicht nur die Anwohnenden gebaut worden. Durch die richtigen Bäume sollte der Untergrund sogar stabiler werden.

Herr Wuttke erinnert daran, dass die Planung bereits 2016 im Planungsausschuss vorgestellt wurde, auch wenn die Art der Bäume nicht genannt wurde. Dabei wurde der gesamten Bepflanzung im Bereich der Ostpromenade zugestimmt. Allerdings bittet er zu prüfen, ob in der nördlichsten Gruppe möglicherweise zu viele Bäume zu eng geplant seien, möglicher-

weise würde es den Wurzelbereichen helfen, wenn dort zwei Bäume weniger gepflanzt werden würden.

Die SPD-Fraktion dankt der Verwaltung für das Engagement, eine Bepflanzung lediglich mit Büschen sei unvorstellbar. Die vorliegende Planung sei ansprechend, aber Herr Wuttkes Einwand hinsichtlich der nördlichen Gruppe sollte überprüft werden.

Herr Burmester äußert Unverständnis, dass im Planungsausschuss jahrelang über Sichtachsen und Blickbeziehungen zur Elbe gesprochen wurde und Animationen hierzu erstellt wurden, wenn nun der Blick zumindest teilweise wieder verhindert werde. Es hätte eine frühzeitigere Information des Ausschusses erfolgen sollen.

Herr Schumacher bittet darum, dass der Ausschuss, auch wenn aus rechtlichen Gründen kein offizieller Antrag möglich ist, die Verwaltung auffordert, mit den Anwohnenden Kontakt aufzunehmen und sich die Animation zu den Auswirkungen der Bepflanzung auf die Wohnbebauung anzuschauen. Zudem soll bei der beauftragten Firma nachgefragt werden, ob eine Umstrukturierung der geplanten Bepflanzung möglich ist.

Der Vorsitzende schlägt vor, hierzu ein Meinungsbild abzufragen.

Herr Kaser weist darauf hin, dass die Bepflanzung des Hafens nicht lediglich mit den Anwohnenden besprochen werden sollte, da sie Auswirkungen auf alle Wedelerinnen und Wedeler habe. Das Konzept der Freiraumgestaltung liegt seit 2016 vor, Betroffene hätten die Fragen früher stellen können als nun mitten in der Umsetzung.

Die WSI-Fraktion findet es schwierig, nun womöglich auf Grund eines Meinungsbildes in die Planung einzugreifen. Das Begrünungskonzept für den Hafen sei schon auf Grund des vielen Asphalts sehr wichtig. Die Sanierung des Hafens belaste finanziell alle Bürger*innen der Stadt und sollte auch allen etwas Gutes bringen. Die Sorge um die Bäume bei Sturmflut wird geteilt, aber hier müsse auf die externen Experten vertraut werden.

Herr Wuttke bittet beim Meinungsbild um Teilung des Vorschlages:

1. Die Verwaltung wird auffordert, mit den Anwohnenden Kontakt aufzunehmen und sich die Animation zu den Auswirkungen der Bepflanzung auf die Wohnbebauung anzuschauen.
2. Zudem soll bei der beauftragten Firma nachgefragt werden, ob eine Umstrukturierung der geplanten Bepflanzung möglich ist.

Das Stimmungsbild ergibt für Nr. 1 3 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen, für Nr. 2 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen. Somit lehnt die Mehrheit des Ausschusses den Vorschlag der FDP-Fraktion ab.

Herr Wuttke berichtet, dass die Politik durch eine Pressemitteilung am 25.08. erfahren habe, dass die Verwaltung beabsichtige, durch ein Verbot der Einfahrt in die Einmündung von der Pinneberger Straße aus die Wiedetwiete zu einer unechten Einbahnstraße zu machen. Der Planungsausschuss sei darüber in seiner Sitzung am 23.08. nicht informiert worden, obwohl er nach der Hauptsatzung bei Fragen der Verkehrsplanung zu beteiligen sei. Frau Sinz erläutert, dass die Zuständigkeit der Anordnung einer solchen Maßnahme im Bereich der Verkehrsbehörde liegt und nicht im Bereich Bau. Zu unterscheiden sei zwischen verkehrspolitischen Entscheidungen, in denen der Planungsausschuss zuständig sei, und den verkehrsordnungsrechtlichen Angelegenheiten, die der Verkehrsbehörde unterliegen, wie im vorliegenden Sachverhalt zur Verbesserung der Verkehrssicherheit an der betroffenen Stelle.

Herr Wuttke möchte sich dieser Sichtweise nicht anschließen. Die getroffene Maßnahme habe erhebliche Auswirkungen auf ein großes Gebiet und sei eine ökologische Katastrophe durch die entstehenden Umwege. Noch befinde sich das Mobilitätskonzept in der Bearbeitung und der Politik sei zugesichert worden, dass die Entscheidungsgewalt über umzusetzende Punkte in den Gremien liege. In der Pressemitteilung zur Wiedetwiete sei jedoch von einer vorgezogenen Maßnahme aus dem Mobilitätskonzept die Rede. Im Gegenzug seien Anträge der Politik der letzten zwei Jahre immer mit Hinweis auf das Mobilitätskonzept verschoben oder zurückgestellt worden, beispielsweise die Ausweitung der Tempo 30 Ge-

bierte. Die Verkehrssicherheit sei kein Argument, da diese Kreuzung im Verkehrssicherheitsbericht nicht als Unfallstelle benannt wurde. Bekannt sei lediglich ein größerer Beinahe-Unfall, der aber ein Abbiegeunfall vom Breiten Weg auf die Pinneberger Straße war. Sollte die Verwaltung die Maßnahme nicht zurücknehmen, würde im Rat ein Antrag gestellt werden.

Frau Sinz bestätigt, dass nicht die Absicht besteht, die Maßnahme verwaltungsseitig wieder zurückzunehmen und zitiert aus der Stellungnahme der Verkehrsbehörde:

*Der Einmündungsbereich der Pinneberger Straße in die Wiedetwiete ist seit Jahren ein Bereich, den die Verkehrsbehörde sehr kritisch betrachtet und der u.a. auch seitens der Elternschaft immer wieder bemängelt wurde. Nicht zuletzt auch wegen eines Unfalls vor wenigen Jahren bei dem ein Kind mit einem LKW verunglückte. Inzwischen wurde durch eine Bepflanzung des Grünbereichs eine Verbesserung dahingehend erzielt, dass die Radfahrer*innen nicht mehr ungeregelt auf den Überweg zufahren.*

*Danach hat die vorübergehende Sperrung der Einfahrt in die Wiedetwiete während einer Baumaßnahme gezeigt, dass dies auch eine geeignete Möglichkeit ist, um die Verkehrssituation, insbes. für Radfahrer*innen, weiter zu verbessern. Da bekannt ist, dass eine solche Anordnung auch die Anwohnerschaft betrifft, hat die Verkehrsbehörde sich den Bereich in der vergangenen Verkehrsschau gemeinsam mit Polizei, Straßenbaulastträger und der Fachaufsicht angeschaut. Auch mit dem Mobilitätsmanager fand eine Abstimmung statt und es wurde entschieden, diese Maßnahme bereits jetzt umzusetzen. So stimmten alle beteiligten Fachleute einvernehmlich für diese Regelung, die jetzt umgesetzt wird.*

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wertet die Kritik als Apell eines Autofahrers, da Fußgängern und Radfahrern die Einfahrt in die Wiedetwiete nicht verwehrt sei. Die Fraktion ist positiv überrascht über die schnelle Umsetzung der Maßnahme nach Schulferienende, Eltern und Schulkinder wären sicherlich dankbar. Bei den Autofahrern werde ein Gewöhnungsprozess einsetzen, der abzuwarten sei.

Die SPD-Fraktion ist hauptsächlich verärgert über die Kommunikation und die Begründung für die Maßnahme. Die Argumentation zur Zuständigkeit klinge zwar schlüssig, jedoch wurde in der Pressemitteilung ein Zusammenhang mit dem Mobilitätskonzept hergestellt. Hier sollte die Politik entscheiden. Die Fraktion stelle gerade aus diesem Grund alle Anträge seit 2-3 Jahren zurück und nun werde häppchenweise vor dem Beschluss des Konzeptes umgesetzt.

Herr Kaser weist zur bemängelten Kommunikation auf die Informationskacheln auf der Wedel.de-Homepage hin. Hier hat der Bereich Mobilität eine eigene Kachel, unter der zukünftig alle wesentlichen Änderungen und Beschlüsse veröffentlicht werden.

Die WSI-Fraktion erwartet, dass die politischen Gremien -auch wenn keine Entscheidungskompetenz vorliegt- in den entsprechenden Sitzungen über solche Änderungen informiert werden, der Hinweis auf die Homepage reiche nicht aus.

Herr Wuttke stimmt dieser Aussage zu, die Gemeindeordnung sehe ein Informationsrecht der Gremien in den Sitzungen, nicht über das Internet, vor.

Die CDU-Fraktion wünscht sich, unabhängig davon, ob die angeordnete Maßnahme gut oder schlecht sei, eine bessere Kommunikation.

Die Fraktion Die Linke bittet zu prüfen, ob es sinnvoll und möglich wäre, am Spitzerdorfer Marktplatz Poller vor den Treppenabgängen aufzustellen. So könnte eine Verwechslung der Autofahrer*innen mit der Ausfahrt vermeiden werden.

Zudem wird auf den Bereich Hasenkamp zwischen Hasenknicke und Breiter Weg hingewiesen. Vorgeschlagen wird, den Bereich in beide Richtungen (derzeit Einbahnstraße) für Radfahrende zu öffnen, da dies der gelebten Praxis entsprechen würde. Zudem wird angeregt, beidseitig mit einem Warnschild auf Radfahrende hinzuweisen, da die Einsehbarkeit durch das neue, größere Versorgungsgebäude der Stadtwerke abgenommen habe.

Frau Sinz wird beide Anregungen weitergeben.

11.3 Sonstiges

Es werden keine Anfragen gestellt.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt die Sitzung um 21:15 Uhr.

Vorsitz:

gez. Burmester

Kay Burmester

Protokollführung:

gez. Matthies

Katrin Matthies

